

**- Pressemitteilung -****Welterbe „Industrielle Kulturlandschaft Ruhrgebiet“  
RVR-CDU erwartet Diskurs im Ruhrparlament**

„Ob sich die Region um eine UNESCO-Welterbe-Bewerbung bemüht, muss auch vom Ruhrparlament mitentschieden werden“, kommentiert CDU-Fraktionsvorsitzender im RVR, Roland Mitschke, die aktuelle Diskussion.

„Ich bin skeptisch, ob die Vorteile Welterbe zu sein, eventuelle Entwicklungsnachteile für die Region überwiegen“, so Mitschke weiter.

Bemühungen in der Metropole Ruhr neben der Zeche Zollverein noch viele weitere ehemalige Zechenstandorte, aber auch Grünzüge, Schleusen, Verwaltungsgebäude und ganze Siedlungen zu einem UNESCO-Welterbe zu qualifizieren, laufen bereits seit einigen Jahren.

Das hochkomplexe Bewerbungsverfahren ist 2013 bereits einmal gescheitert. 2025 eröffnet sich eine weitere Chance zur Bewerbung. Im Vorfeld müssen zahlreiche Hürden genommen werden.

„Sollte es so kommen und die Region tatsächlich mehr als 130 Objekte den Welterbe-Status erhalten, könnten die Probleme und Herausforderungen aber erst so richtig durchschlagen“, warnt Mitschke. Am Beispiel „UNESCO-Welterbe Zeche Zollverein“ wird deutlich, welche finanzielle Herausforderung mit dem Welterbe-Status verbunden ist. Mitschke weiter: „Die Region sollte sich als Zukunftsstandort mit wirtschaftlichen Perspektiven für Innovation profilieren und sich weniger rückwärtsgewandt mit den jetzt schon ansehnlichen Standorten der Route der Industriekultur begnügen.“

Städtebauliche Entwicklungen würden erschwert und müssten bei allen Maßnahmen den Welterbe-Standard berücksichtigen. Außerdem müsse der Zustand der Gebäude und Monumente zukünftig für viel Geld erhalten werden. Wenn man weiß, dass der Topf „Städtebau“ schon jetzt stark überzeichnet ist, geht die Hoffnung auf Fördermittel aus diesem Topf zwangsläufig zu Lasten anderer Stadtentwicklungsprojekte. Dies erklärt auch einige bereits vorliegende negative Stellungnahmen aus der kommunalen Ebene. Die CDU-Fraktion im Ruhrparlament wird sich jedenfalls intensiv mit der Thematik befassen und begrüßt die Initiative von Ministerin Scharrenbach auch das Ruhrparlament in den Entscheidungsprozess einzubeziehen. „Eine Entscheidung für die Region mit derartiger Tragweite muss besonnen abgewogen und im regionalpolitischen Konsens getroffen werden“, so Roland Mitschke abschließend.